Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7995**

14. Wahlperiode 08. 01. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuss)

a) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 14/5130 –

Dritter Bericht zur Lage der älteren Generation
in der BundesrepublikDeutschland: Alter und Gesellschaft
und
Stellungnahme der Bundesregierung

b) zu dem Entschließungsantrag
– Drucksache 14/5322 –

der Abgeordneten Christa Lörcher, Arne Fuhrmann, Christel Humme, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
sowie der Abgeordneten Irmingard Schewe-Gerigk, Christian Simmert, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 14/5130 –

Dritter Bericht zur Lage der älteren Generation
in der Bundesrepublik Deutschland: Alter und Gesellschaft
und
Stellungnahme der Bundesregierung

A. Problem

a) Im Januar 1998 konstituierte die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die unabhängige Sachverständigenkommission zur Erstellung des Dritten Altenberichts der Bundesregierung. Mit dem Bericht wird der Aufforderung des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 1994 entsprechend eine umfassende Analyse der Lebenssituation älterer Menschen in der Bundesrepublik Deutschland vorgenommen. Der Bericht enthält eine Bilanz der Zeit nach Vollendung der Deutschen Einheit sowie Zukunfts-

perspektiven für die Altenpolitik des 21. Jahrhunderts. Die Stellungnahme der Bundesregierung geht auf die Stellung älterer Menschen in der Gesellschaft ein. Zu den dargestellten Erfordernissen in Politik und Gesellschaft gehören die Bereiche: grundsätzliche und medizinische Versorgung älterer Menschen, ältere Menschen in der Arbeitswelt, wirtschaftliche Lage im Alter, Teilhabe älterer Menschen am familiären und sozialen Leben, ältere Menschen in ihrem örtlichen Lebensumfeld sowie ältere Menschen in der Rechtsordnung.

b) Mit dem Antrag fordern die Antragsteller, die Bundesregierung solle ihre Politik für ältere Menschen konsequent fortsetzen. Sowohl die Rahmenbedingungen für ein aktives Altern sollen gestärkt als auch Schutz und Hilfe für diejenigen verbessert werden, die hierauf angewiesen sind. In jeder kommenden Legislaturperiode soll ein Altenbericht vorgelegt werden. Ferner soll die Bundesregierung besondere Aufmerksamkeit dem Miteinander wie dem Ausgleich der Generationen und der Geschlechter widmen, die Grundlage für die bundesweite Selbstorganisation älterer Menschen erweitern, Projekte der Altersforschung weiter verfolgen, die Heimmindestbauverordnung überarbeiten, eine Aufklärungskampagne zu Demenzerkrankungen durchführen und die Sterbebegleitung ausbauen. An Bundesländer und Kommunen wird appelliert, bei der Ausgestaltung der örtlichen Infrastruktur auf die Bedürfnisse älterer Menschen besonders zu achten und die Erprobung bedarfsgerechter Wohnformen für ältere Menschen zu unterstützen. Angeregt wird, dass die Sozialpartner u. a. eine stärkere altersintegrative Tarifpolitik verfolgen. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber müssen sich auf die Bewältigung der Hausforderungen mit einer älteren Erwerbsbevölkerung einstellen.

B. Lösung

a) Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 14/5130 –

Einstimmige Kenntnisnahme

b) Entschließungsantrag zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 14/5322 –

Annahme des Entschließungsantrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Abwesenheit der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Eine Kostenschätzung ist nicht enthalten.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) die Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 14/5130 – zur Kenntnis zu nehmen.

b) den Entschließungsantrag zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 14/5322 – anzunehmen.

Berlin, den 14. November 2001

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Christel Riemann-Hanewinckel
Vorsitzende

Christa Lörcher
Berichterstatterin

Walter Link (Diepholz)
Berichterstatter

Irmingard Schewe-Gerigk
Berichterstatterin

Klaus Haupt
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Christa Lörcher, Walter Link (Diepholz), Irmingard Schewe-Gerigk und Klaus Haupt

I. Überweisung

a) Die Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 14/5130 – wurde in der 152. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Februar 2001 an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sowie den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

b) Der Entschließungsantrag auf Drucksache 14/5322 wurde in der 152. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Februar 2001 an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sowie den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

a) Unterrichtung auf Drucksache 14/5130

1998 wurde von der damaligen Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die unabhängige Sachverständigenkommission zur Erstellung des Dritten Altenberichts der Bundesregierung konstituiert. Der Bericht folgt der Aufforderung des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 1994, eine umfassende Analyse der Lebenssituation älterer Menschen in der Bundesrepublik Deutschland zu erstellen. Er enthält einerseits eine Bilanz des Zeitraums nach Vollendung der Deutschen Einheit sowie andererseits Zukunftsperspektiven für die Altenpolitik des 21. Jahrhunderts. Die Stellungnahme der Bundesregierung befasst sich mit den Erfordernissen in Politik und Gesellschaft, die sich danach ergeben: die grundsätzliche und medizinische Versorgung älterer Menschen, ältere Menschen in der Arbeitswelt, wirtschaftliche Lage im Alter, Teilhabe älterer Menschen am familiären und sozialen Leben, ältere Menschen in ihrem örtlichen Lebensumfeld sowie ältere Menschen in der Rechtsordnung.

b) Entschließungsantrag auf Drucksache 14/5322

Mit dem Entschließungsantrag fordern die Antragsteller, dass die Bundesregierung ihre Politik für ältere Menschen konsequent fortsetzen solle. Sie soll einerseits die Rahmenbedingungen für ein aktives Altern stärken als auch andererseits Schutz und Hilfe für diejenigen verbessern, die hierauf angewiesen sind. Weiterhin soll in jeder Legislaturperiode ein Altenbericht vorgelegt werden. Ferner soll die Bundesregierung besondere Aufmerksamkeit dem Miteinander wie dem Ausgleich der Generationen und der Geschlechter widmen, die Grundlagen für die bundesweite Selbstorganisation älterer Menschen erweitern, Projekte der Altersforschung weiter verfolgen, die Heimmindestbauverordnung überarbeiten, für die Behebung struktureller Defizite des Altenhilfesystems sorgen, auf verbesserte geriatrische Versorgung hinwirken, eine Aufklärungskampagne zu Demenzerkrankungen durchführen und die hospizlich geprägte Sterbebegleitung ausbauen und stärken. Die Antragsteller appellieren an Bundesländer und Kommunen, bei der Ausgestaltung der örtlichen Infrastruktur die Bedürfnisse älterer Menschen besonders zu berücksichtigen und die Erprobung bedarfsgerechter Wohnformen für ältere Menschen zu unterstützen. Es wird angeregt, dass die Sozialpartner eine stärkere altersintegrative Tarifpolitik verfolgen und Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber Vorkehrungen dafür treffen, die Hausforderungen mit einer älteren Erwerbsbevölkerung bewältigen zu können.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

a) Unterrichtung der Bundesregierung auf Drucksache 14/5130

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat die Vorlage in seiner 107. Sitzung am 14. November 2001 beraten und die Unterrichtung zur Kenntnis genommen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Vorlage in seiner 117. Sitzung am 14. November 2001 beraten und empfohlen, die Unterrichtung zur Kenntnis zu nehmen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Vorlage in seiner 60. Sitzung am 30. Mai 2001 beraten und die Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Vorlage in seiner 74. Sitzung am 14. November 2001 beraten und empfohlen, die Unterrichtung zur Kenntnis zu nehmen.

b) Entschließungsantrag zu der Unterrichtung auf Drucksache 14/5322

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat die Vorlage in seiner 107. Sitzung am 14. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Annahme des Entschließungsantrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Vorlage in seiner 117. Sitzung am 14. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU und Abwesenheit der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Vorlage in seiner 70. Sitzung am 14. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS die Annahme des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 52. Sitzung am

25. September 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

1. Abstimmungsergebnis

a) Unterrichtung der Bundesregierung auf Drucksache 14/5130

Der federführende Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat den Gesetzentwurf in seiner 79. Sitzung am 14. November 2001 behandelt. Der Ausschuss hat die Kenntnisnahme der Unterrichtung beschlossen. Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

b) Entschließungsantrag zu der Unterrichtung auf Drucksache 14/5322

Der Ausschuss hat mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Abwesenheit der Fraktion der PDS beschlossen, den Entschließungsantrag anzunehmen.

2. Inhalt der Ausschussberatungen

Seitens der **Fraktion der SPD** wurde betont, der Bericht habe nichts an Aktualität verloren. Er stelle einerseits die Ressourcen der Älteren in den Vordergrund, was also diese in die Gesellschaft einbringen, und zeige andererseits die Ressourcen der Gesellschaft, die zum Wohle der Älteren genutzt werden können. Der Bereich Gesundheit und Pflege nehme breiten Raum ein. Wenn auch die gesunden älteren Menschen den viel größeren Teil der Bevölkerung bildeten als die Pflegebedürftigen, bräuchten letztere die besondere Aufmerksamkeit. Prävention sei die einzig wirksame Methode, Kosten im Gesundheitswesen wie auch in der Pflege zu reduzieren. Gezielte Prävention, international übliche Programme könnten die Rate z. B. von Herzinfarkten tatsächlich senken. Neben dem Kostengesichtspunkt, der zu bedenken sei, sei der eigentlich entscheidende Punkt der Gewinn an Lebensqualität. Der Bericht zeige die Bedeutung der Pflegeberufe. Mehr als die Hälfte der 81 Empfehlungen beträfen den Bereich Gesundheit und Pflege; sie zeigten sowohl schon umgesetzte Aktivitäten als auch noch vorhandenen Handlungsbedarf. Im Entschließungsantrag werde gefordert, die Forschung zu verstärken und das Modellprojekt „Altenhilfestrukturen der Zukunft“ weiter zu entwickeln. Mechanismen zur Personalbemessung in den stationären Einrichtungen und Qualifikation der Mitarbeiter seien von besonderer Bedeutung. Betont wurde weiter, die Geriartrieversorgung und die Demenzerkrankungen müssten besonders berücksichtigt werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** begrüßte die erstellte Analyse und die in dem Bericht enthaltenen vielfältigen und differenzierten Informationen. Auf den dort enthaltenen Forderungen könne man aufbauen: die Schaffung von Rahmenbedingungen für ein aktives und kompetentes Altern, besondere Hilfe für diejenigen bereit zu stellen, die Pflege brauchen, die Forderung nach der Einordnung von Tag- und Nachtpflege als Leistungsangebot, so dass künftig eine Tag- und Nachtpflege pro Woche in Anspruch genommen werden könne. Es sei wichtig, Betreungsgruppen auszubauen, wo ehrenamtliche, aber auch geschulte Helfer zusammen arbeiten. Man müsse angesichts der demografischen Entwicklung der Zukunft, die zu einem viel höheren Anteil alter Menschen führe, ein großes Spektrum an Hilfeleitsungen anbieten und sich bereits rechtzeitig darauf einstellen. Auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hielt es für dringend notwendig, dass in jeder Legislaturperiode ein Altenbericht erstellt werden soll. Aufgrund der demografischen Veränderungen müsse auch ein Ausgleich zwischen den Generationen stattfinden. Wenn im Jahre 2050 voraussichtlich 70 % der Bevölkerung über 60 Jahre alt sein werde, sei das Konfliktpotential vorhersehbar.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, die Bestandsaufnahme sei ein erfreuliches Zeichen für die ganzheitliche Betrachtung des Alterns in unserer Gesellschaft. Besonders wichtig sei hier die Einbindung älterer Menschen in einen aktiven sozialen Zusammenhang, also eine Kultur des Helfens in der gesamten Gesellschaft. Einerseits müssten die Ressourcen älterer Menschen genutzt werden, so dass Ältere den Jüngeren helfen; Jüngere übernehmen andererseits Fürsorgeverantwortung und helfen damit Älteren. Die Forderung nach einem Paradigmenwechsel, von einer krankheitszentrierten hin zu einer gesundheitsorientierten Pflege, wurde auch von der Fraktion der CDU/CSU mit Nachdruck unterstützt. Am Beispiel der Demenzerkrankungen werde jedoch deutlich, dass die Regierung bei ihrer Aufgabe, die Kultur des Helfens zu ermöglichen, nicht weit genug gehe. So fehle ein zuverlässiges Programm zur Früherkennung von Demenz und Forschung zur Prävention. Die im Pflegeleistungsergänzungsgesetz vorgesehene Verbesserung bei der häuslichen Pflege Dementer müsse auf die Heimpflege erweitert werden, da dort ebenfalls ein erhöhter Aufwand entstehe. Eingehend auf das Kapitel „Ältere Menschen in der Arbeitswelt“ wurde gefordert, die Bundesregierung solle etwas tun, damit diese Menschen auch tatsächlich im Arbeitsprozess bleiben können. Die Hälfte der Betriebe hätten keine Arbeiterinnen bzw. Arbeiter über 50 Jahre, was alarmierend sei. Die Weiterqualifizierung der auch älteren Arbeitnehmerschaft werde unverzichtbar sein.

Die **Fraktion der FDP** meinte ebenfalls, der Altenbericht enthalte eine detaillierte und umfassende Analyse, mit welchen Problemen die alternde Gesellschaft in unserem Lande umgehen müsse und welche Weichenstellungen erforderlich seien. Schwerpunkt des Berichts sei die Selbstbestimmung der älteren Bürger in unserer Gesellschaft. Eingehend auf den Punkt Arbeitswelt wurde erklärt, bis heute sei mit der Entwicklung – in Form der stetigen Reduzierung – der Lebensarbeitszeit eine Fehlentwicklung im Gange, die korrigiert werden müsse. In Deutschland stehen nur noch 39 % der 55- bis 65-jährigen Menschen im Berufsleben, während es z. B. in der Schweiz 71 % seien, in Japan 64 % und in den USA 58 %. Rente mit 60 als Lösung zu propagieren, sei falsch. Man brauche eine altersneutrale Beschäftigungspolitik und Beschäftigungssicherung. Zwangsläufig werde angesichts der demografischen Entwicklung der Bereich Pflege besonders wichtig werden. Man werde einen „Wohl-

fahrtsmix“ brauchen, aus dem informellen und dem professionellen Bereich, staatlichen und marktgängigen Dienstleistungen. Schließlich könne auf das bürgerschaftliche Engagement der Älteren in sozialen, kulturellen und vielen anderen Bereichen nicht verzichtet werden.

Berlin, den 14. November 2001

Christa Lörcher	**Walter Link (Diepholz)**
Berichterstatterin	Berichterstatter
Irmingard Schewe-Gerigk	**Klaus Haupt**
Berichterstatterin	Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333